

05.04.2017

Änderungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drs. 16/13702)

Die Fraktion der PIRATEN beantragt, die Beschlussempfehlung des Innenausschuss zum „Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften“ – Drs. 16/14676 – wie folgt zu ändern:

Artikel 1

Artikel 7 Nummer 3 wird ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Die Personalverwaltung ist ein besonders sensibler und sicherheitskritischer Bereich der öffentlichen Verwaltung. In keinem anderen Bereich werden so umfangreiche Datensätze mit personenbezogenen Daten über Personen angelegt und geführt. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn umfasst daher auch den besonders sorgsam Umgang mit den personenbezogenen Daten des Personals.

Die Durchsetzung und Wahrung des Datenschutzes und der Datensicherheit muss daher höchste Priorität haben. Im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen ist jedoch die datenschutzrechtliche Kontrolle und Aufsicht für die behördeninternen Datenschutzbeauftragten erschwert und nur stichprobenartig möglich. Zudem entsteht ein finanzieller Anreiz für die Auftragnehmer, Probleme und datenschutzrechtliche Verstöße gegenüber dem Auftraggeber nicht umfassend zu kommunizieren.

Gleichzeitig werden für die Personalverwaltung ausschließlich wesentliche Fähigkeiten und Kapazitäten benötigt, die eine Behörde für eigenständiges und souveränes Handeln besitzen muss. Diese Fähigkeiten und Kapazitäten aufzugeben bedeutet gleichzeitig die völlige Abhängigkeit von Dritten. Eine Auslagerung der Personalverwaltung könnte die Handlungsfähigkeit und die Unabhängigkeit der öffentlichen Hand wesentlich beeinträchtigen.

Datum des Originals: 04.04.2017/Ausgegeben: 05.04.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

So könnten Streiks, entlassene Mitarbeiter oder geringe Sicherheitsvorkehrungen die Leistungen der in Anspruch genommenen Dritten beeinträchtigen. Der Staat sollte hier sinnvolle Vorsorge treffen und sein Wissen und seine Fähigkeiten schützen.

Michele Marsching
Torsten Sommer
Frank Herrmann

und Fraktion